EU-Erweiterung

JULI 2023

Inhalt

Historische Erweiterungsrunde 2
Die neuen Mitgliedstaaten waren die Wachstumsmärkte in Europa – Österreich als Hauptprofiteur 2
Positive Handelsbilanz 3
Investitionsboom des Auslands in Österreich 4
Österreich ist Top-Investor in den neuen Mitgliedstaaten 5
Chance für Österreichs Wirtschaft zur Beteiligung an EU-kofinanzierten Projekten 6
EU-Erweiterung, Arbeiten über die Grenze 7
Umweltpolitische Aspekte der Erweiterung 8
Die Bilanz aus Branchensicht 9

eu Top Thema

WKO WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

Historische Erweiterungsrunde

Die **5. Erweiterungsrunde** der Europäischen Union nahm ihren Anfang mit der Erweiterung am 1. Mai 2004 um die vier Nachbarländer Österreichs Slowakei, Tschechien, Slowenien, Ungarn, um Polen, die drei baltischen Staaten sowie Zypern und Malta. Diese Erweiterung war die umfangreichste in der Geschichte der Europäischen Union betreffend die Zahl der beitretenden Staaten, denn bis dahin traten nie mehr als drei Länder der EU bei.

1973 und 1995 war mit jeweils vier Staaten verhandelt worden (in Norwegen gab es in beiden Fällen ein negatives Referendum), 2004 waren es 10 neue Mitglieder, nachdem gleichzeitig mit 12 Staaten Verhandlungen geführt wurden.

Mit dem am 1.1.2007 erfolgten Beitritt Rumäniens und Bulgariens und dem Kroatiens am 1.7.2013 wurde die Integration von 13 neuen Ländern in die EU abgeschlossen.

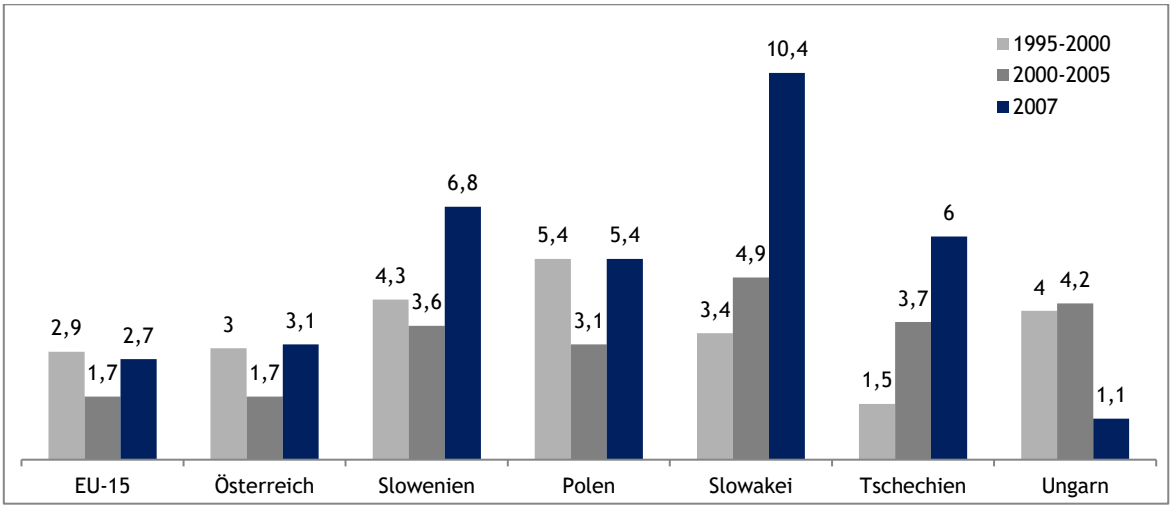
Die EU vereint nun - nach dem Brexit - 27 Staaten und ist einer der weltweit größten einheitlichen Märkte.

Die neuen Mitgliedstaaten waren die Wachstumsmärkte in Europa – Österreich als Hauptprofiteur

Schon EU-Annäherung brachte Aufschwung in den neuen Mitgliedstaaten

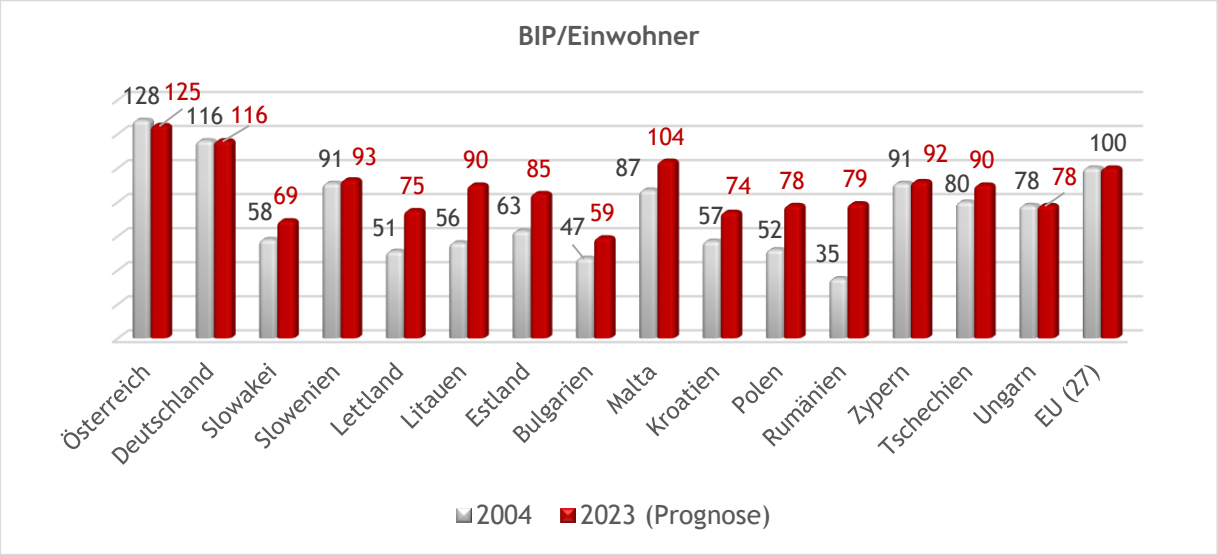
Die gesamte Region Mittel-, Ost- und Südosteuropa hat nach dem Fall des Eisernen Vorhangs durch die Annäherung an die EU eine beachtliche wirtschaftliche und demokratiepolitische Entwicklung erfahren. Nach der Ostöffnung 1989 hat das Wirtschaftswachstum der Mittel-und Osteuropäischen Länder eine im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Dynamik bekommen, einige westliche Länder – allen voran Österreich – erkannten sehr früh die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus der räumlichen Nähe zu diesen „emerging markets“ ergaben. Wie folgende Grafik zeigt, war das durchschnittliche Wirtschaftswachstum unserer vier Nachbarn und Polens zwischen 1995 und 2005 und noch 2007 weit über dem Österreichs und über dem der „alten“ EU-Mitgliedstaaten.

Grafik: BIP Wachstum 1995 – 2007 im Vergleich (Österreich, EU-15, 5 neue Mitglieder)



Die österreichische Wirtschaft hat vom Aufholprozess der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) in den 90iger Jahren am stärksten von allen EU-Mitgliedstaaten profitiert. Die Erweiterung 2004 erfolgte beispielsweise in einer „Wachstumsdelle“ der ehemaligen EU-15, wobei gerade die neuen Mitgliedstaaten (europäische „Tigerstaaten“) die Wachstumsmärkte Europas waren.

Bis 2023 ist in fast allen neuen Mitgliedstaaten auch die Wertschöpfung pro Einwohner gestiegen (Quelle: EK, 2023):



Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) - Effekte von Ostöffnung und EU-Erweiterung

- **zusätzliches Wirtschaftswachstum von fast 20 Mrd. Euro**
- **Schaffung von rund 130.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen**

Österreich ist als kleine Volkswirtschaft stärker vom Zugang zu einem größeren Markt ohne Handels- und sonstige Schranken abhängig als große Länder. Die Wirtschaft hat deshalb von der stetigen Ausweitung der Handelsmöglichkeiten nach Osteuropa durch die Ostöffnung und durch die Teilnahme am wachsenden EU-Binnenmarkt sehr profitiert. Der Ostöffnungseffekt 1989 allein führt zu einem kumulierten zusätzlichen Anstieg des realen BIP in Österreich um 4,72 % und die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um rund 3.300 pro Jahr.

Positive Handelsbilanz

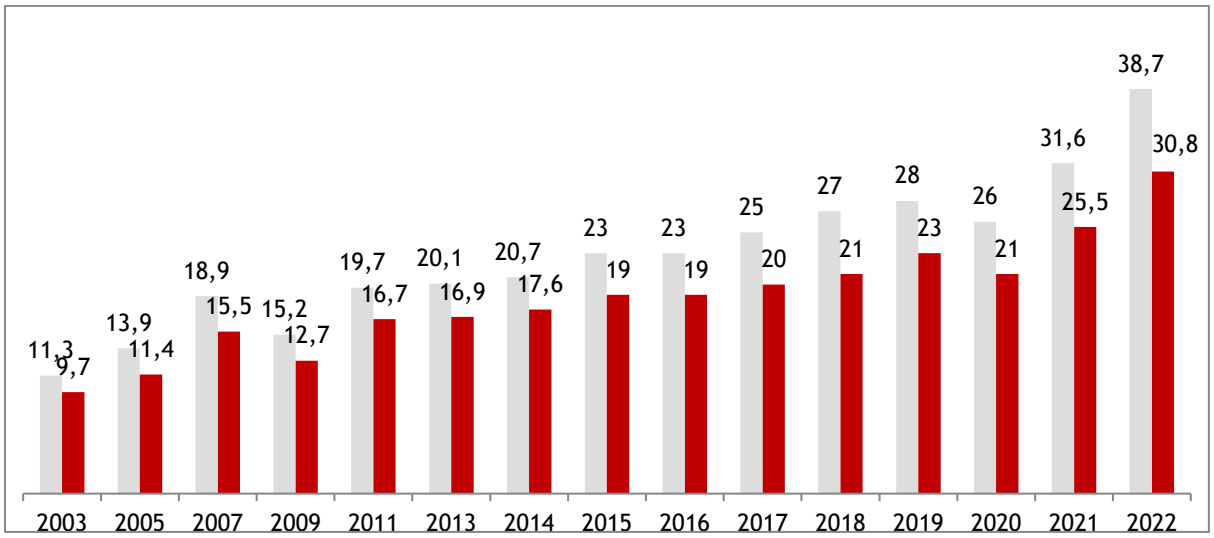
Die dynamische Entwicklung des österreichischen Außenhandels mit den neuen EU-Mitgliedstaaten erfuhr durch deren volle Integration in den Europäischen Binnenmarkt einen weiteren Aufschwung. Die Bilanz ist eindeutig positiv! Schon vor ihrem EU-Beitritt waren diese Länder eine der wichtigsten Stützen des österreichischen Exports. Die **unmittelbare Nachbarschaft** zu den neuen Mitgliedstaaten und die ähnliche Mentalität waren für österreichische Unternehmer traditionell ein **Wettbewerbsvorteil**. Dieser Wettbewerbsvorteil konnte durch den mit der Erweiterung verbundenen freien Waren-, Kapital-, und Personenverkehr **ausgebaut** werden.

Der Anstieg des Außenhandels mit den neuen Mitgliedstaaten begann bereits vor deren EU-Beitritt: schon die Beitrittsperspektive (Zollabbau im Rahmen der Europaabkommen) führte daher zu einem verstärkten Warenaustausch mit künftigen Mitgliedstaaten.

Allein die **Exporte** in die **fünf neuen Mitgliedstaaten** Ungarn, Slowenien, Tschechien, Slowakei und Polen haben stiegen seit dem österreichischen EU-Beitritt 1995 auf das **8-fache**: diese stiegen von **4 Mrd.** Euro (1995) auf 9,7 Mrd. (2003) und auf **30,8 Mrd.** Euro im Jahr 2022.

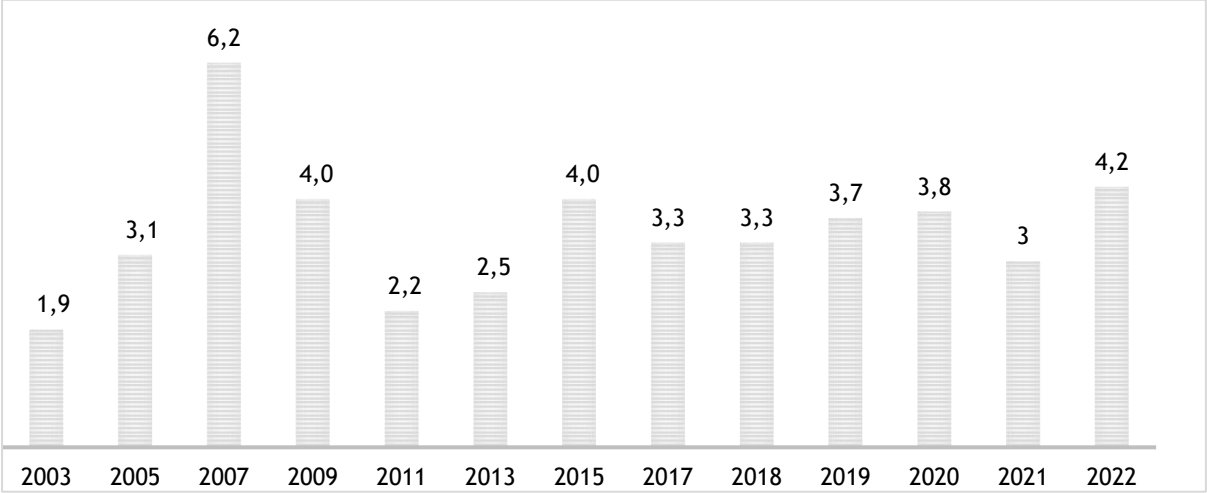
Die **Exporte** in **alle neuen Mitgliedstaaten** stiegen von **11,3 Mrd.** Euro im Jahr 2003 auf **38,7 Mrd.** Euro im Jahr 2022.

Grafik:
Exporte in Mrd. Euro in alle 13 neuen Mitgliedstaaten
Exporte in Mrd. Euro in Euro in die „EU 5“ (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien)



Der Warenaußenhandel mit Osteuropa bzw. mit den neuen EU-Mitgliedstaaten liefert einen stark **positiven Beitrag zur Handelsbilanz**:

Grafik: Österreichs Handelsbilanz mit den neuen Mitgliedstaaten von 2003 bis 2022 in Mrd. Euro (Stat. Austria)



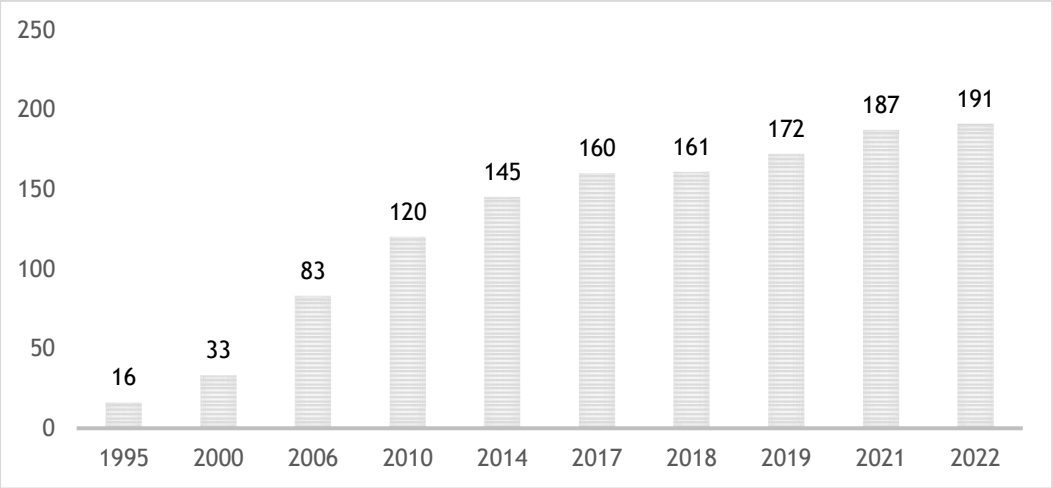
Investitionsboom des Auslands in Österreich

Seit der Integration Österreichs in den EU-Binnenmarkt investierten ausländische Unternehmen in Österreich durchschnittlich rund 6,6 Mrd. Euro pro Jahr. In den drei Jahren vor dem Beitritt waren es ca. 1,3 Mrd. Euro pro Jahr. **Die Investitionen ausländischer Unternehmen in Österreich sind damit im Durchschnitt auf das Fünffache** angestiegen, die größten Investitionen stammen von Unternehmen aus Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Schweiz. Der Bestand an

Direktinvestitionen in Österreich hat sich von rund **16 Mrd. Euro im Jahr 1995** auf rund 83 Mrd. Euro im Jahr 2006 und auf **191 Mrd. Euro im Jahr 2022** erhöht! (Quelle: OeNB 2023)

Viele internationale Unternehmen „bearbeiten" den osteuropäischen Raum von Österreich aus und investierten auch als Folge der EU-Erweiterung in Österreich, wodurch Österreich zur Drehscheibe" Europas wurde.

Grafik: Bestand Direktinvestitionen in Österreich 1995 bis 2021 in Mrd. Euro gerundet



Österreich ist Top-Investor in den neuen Mitgliedstaaten

Es ist nicht nur der Außenhandel mit den neuen EU-Mitgliedern, der Österreich in den vergangenen Jahren wirtschaftlich davor bewahrte, in eine längere Rezession zu kommen, sondern auch die starke Marktpräsenz in den Nachbarstaaten. Die Höhe der Direktinvestitionen ist ein weiterer Hinweis auf die starke Wirtschaftsverflechtung Österreichs mit den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOEL).

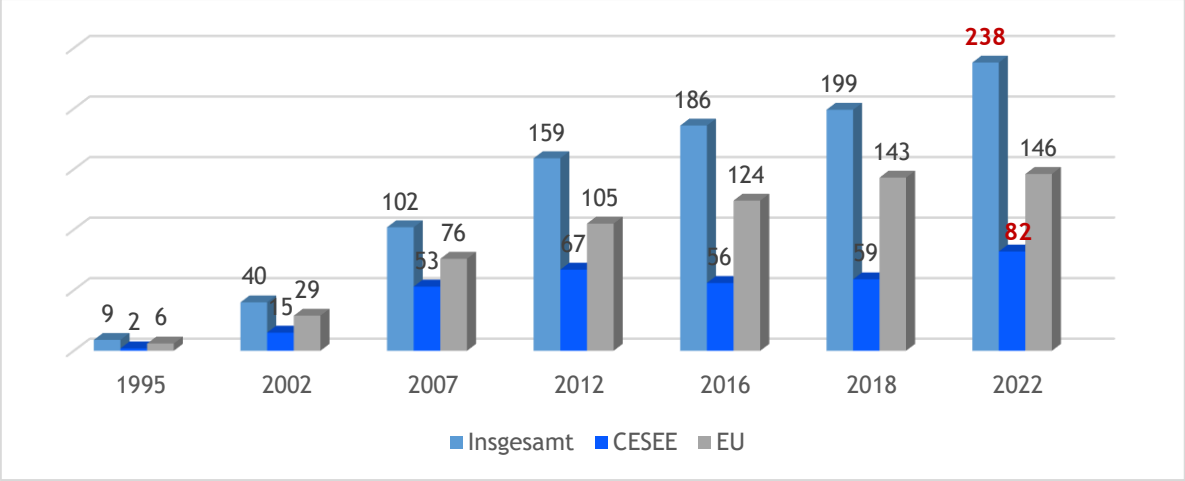
Während die Außenhandelsdaten auch unmittelbar Erweiterungseffekte (Wegfall von Handelshemmnissen und Zöllen z.B. im Agrarbereich) widerspiegeln, wurden **österreichische Direktinvestitionen** bereits massiv **in der Abschlussphase der Beitrittsverhandlungen** getätigt und die Erweiterung somit antizipiert.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung **(WIFO)** stellt in zahlreichen Analysen fest, dass österreichische Unternehmen die Investitionschancen dabei früher als die internationale Konkurrenz nutzten und bereits 1990 rund 0,4 Mrd. Euro in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern (MOEL) investierten.

Auch österreichische Investitionen im Ausland sind stark gestiegen

Neben den ausländischen Investitionen in Österreich stiegen auch die österreichischen Investitionen im Ausland seit dem EU-Beitritt. Der Bestand an österreichischen Direktinvestitionen im Ausland stieg von **9 Mrd**. Euro 1995 auf rund **238 Mrd.** Euro im Jahr 2022, davon rund **82 Mrd. Euro** in den neuen Mitgliedstaaten und Osteuropa. (Quelle: Österreichische Nationalbank, 2022).

Bestände aktiver Direktinvestitionen nach Regionen in Mrd. Euro (OeNB 2022)



Österreich bleibt Drehscheibe und Tor zu Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Schon vor ihrem EU-Beitritt waren die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas eine wichtige Stütze des österreichischen Exports. Die Nachbarschaft, das historische Naheverhältnis und eine teils ähnliche Mentalität waren und sind für österreichische Betriebe traditionell ein Wettbewerbsvorteil. Die Region ist weiterhin ein wichtigstes Zielland für österreichische Lieferungen, die Zuwachsraten liegen oft über jenen für andere europäische Märkte.

Österreich ist **in Slowenien und Bosnien-Herzegowina** und **Nordmazedonien** der größte Investor. In **Kroatien, Bulgarien und in Serbien** belegen Österreichs Unternehmen mit ihren Firmenbeteiligungen den sehr guten **2. Platz**. Auch in den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern ist Österreich als Direktinvestor stark vertreten. Geographische Nähe ist ein deutlicher Wettbewerbsvorteil gegenüber Unternehmen aus anderen Ländern.

Chance für Österreichs Wirtschaft zur Beteiligung an EU-kofinanzierten Projekten

Auch nach der Erweiterung besteht ein enormer Bedarf an Investitionen in den Bereichen Umwelt-, Energie und Verkehrsinfrastruktur. Ebenso erfordert die Modernisierung von Unternehmen und Verwaltung weiterhin hohe Investitionen in den verschiedenen Bereichen (z.B. Kommunikationstechnologie für die Verwaltung; Mess- und Prüflabors für Qualitäts-, Veterinär- und Pflanzenschutzkontrollen und für Umweltschutzbehörden; Modernisierung von Produktionsanlagen, Qualitätssicherung für Lebensmittel). Für österreichische Unternehmen, die hier zu den Marktführern gehören, ergeben sich dadurch besondere Chancen, unter anderem im Produktions- und Zulieferbereich. Auch auf Grund der geografischen Nähe besteht ein deutlicher Konkurrenz-Vorsprung gegenüber Unternehmen aus anderen Ländern (siehe auch Kapitel „Umweltpolitische Aspekte der Erweiterung“).

Diese enormen Investitionsvolumen werden teilweise durch die EU im Rahmen der Regionalförderung kofinanziert:

2007 - 2013: Für die EU-Regionalförderung 2007-2013 war die Gefahr, dass das Fördergefälle zwischen den österreichischen Regionen und jenen in den neuen EU-Mitgliedsländern zu groß wird, durch die auf europäischer Ebene getroffene Vereinbarung hinsichtlich einer Limitierung auf 20 % gebannt. Das Fördergefälle zwischen den Regionen in den neuen EU-Mitgliedsländern und jenen in der EU-15 wurde also beschränkt, um allzu große Verzerrungen in den Standort- und Wettbewerbsbedingungen zu vermeiden.

2014 - 2020: Kohäsions- und Strukturpolitik gehörten auch in der letzten Förderperiode zu den zentralen Politikbereichen der Europäischen Union. Inhaltlich geht es wie zuvor um die Festigung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der Gemeinschaft (Kohäsion), weshalb insbesondere Wachstum und Beschäftigung in den unterentwickelten Regionen gefördert werden.

In der EU-Förderperiode 2014-2020 werden alle „Europäischen Struktur- und Investitionsfonds“ (Sozialfonds/ESF, Regionalfonds/EFRE, Ländliche Entwicklung/ELER, Kohäsionsfonds/KF, Fischereifonds/EMFF) auf die Wachstumsstrategie Europa 2020 und ihre Kernziele abgestimmt und unterstützen so die Strategieumsetzung in den Mitgliedstaaten.

Die Ziele Regionalfonds/EFRE umfassen

- **"Investitionen in Wachstum und Beschäftigung"** (IWB/EFRE): In diesem Ziel wird zwischen "stärker entwickelten", "Übergangs-" und "weniger entwickelten Regionen" unterschieden. Mit Ausnahme des Burgenlands, das 2014-2020 den Status einer "Übergangsregion" besitzt, zählen die restlichen Bundesländer in Österreich zur Kategorie "stärker entwickelte Regionen".

- **"Europäische Territoriale Zusammenarbeit" (ETZ): Ö**sterreich beteiligte sich 2014-2020 wieder an:
    - 7 grenzübergreifenden ETZ-Programmen
    - 3 transnationalen ETZ-Programmen sowie
    - 4 Netzwerkprogrammen

2021-2027:

Am 2. Mai 2022 hat die Kommission ihre Partnerschaftsvereinbarung mit Österreich angenommen, in der Österreichs kohäsionspolitische Investitionsstrategie in Höhe von **1,3 Mrd. Euro** für den Zeitraum 2021-2027 festgelegt wird. Die Mittel werden Österreich bei der Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts unterstützen, wobei der Schwerpunkt auf wichtigen EU-Prioritäten wie dem grünen und dem digitalen Wandel liegt.

Mittelzuteilung EU-Fonds 2021-2027

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung	741,1 Mio.€	
Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+)	409,7 Mio.€	
Fonds für einen gerechten Übergang (JTF)	135,8 Mio.€	
Europäischer Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF)	6,7 Mio.€	

In der Vergangenheit wurde kein „Geld in Brüssel liegen gelassen", denn Voraussetzung für das Abrufen der EU-Mittel war und ist eine nationale Kofinanzierung durch Bund und Länder, wodurch sich das Projektvolumen mehr als verdreifachte.

EU-Erweiterung, Arbeiten über die Grenze

Seit der Erweiterung bestehen für österreichische Erwerbstätige in den neuen Mitgliedstaaten keine Beschränkungen der Arbeitnehmer– und der Dienstleistungsfreiheit.

Österreichische Unternehmer können daher in den neuen Mitgliedstaaten einfacher und unbürokratischer Dienstleistungen über die Grenze erbringen, österreichische Staatsbürger benötigen weder eine Aufenthalts- noch eine Arbeitsgenehmigung.

Übergangsregeln

Auf Grund der bei der Erweiterung bestehenden unterschiedlichen Lohn- und Preisniveaus wurde eine bis zu siebenjährige Übergangsfrist für die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit

für sensible Branchen (Bau- und Baunebengewerbe, Reinigungsdienste, soziale Dienste und Hauskrankenpflege, Bewachungs- und Schutzdienste und gärtnerische Dienstleistungen) in Österreich vereinbart. Diese **Übergangsregeln** wurden auch sieben Jahre aufrechterhalten und sind gegenüber acht am 1. Mai 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten im Mai 2011, gegenüber Rumänien und Bulgarien Ende 2013 und gegenüber Kroatien am 30. Juni 2020 abgelaufen.

Dienstleistungsanzeige im Binnenmarkt gilt auch nach Ablauf der Übergangsregeln

Natürlich gelten die Regeln des Binnenmarktes weiter. Wenn zum Beispiel eine – in Österreich an einen Befähigungsnachweis gebundene - grenzüberschreitende Dienstleistung erbracht wird, so ist die beabsichtigte Dienstleistung vor ihrer erstmaligen Ausführung dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort schriftlich anzuzeigen. Dadurch ist die Einhaltung österreichischer Sicherheits- und Qualitätsstandards gewährleistet.

▸▸ **Details:** BMAW

Entsendemeldung

Ein Arbeitnehmer, der von einem Arbeitgeber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat zur Erbringung einer fortgesetzten Arbeitsleistung nach Österreich entsendet wird, hat Anspruch auf:

- gesetzliches oder kollektivvertragliches Entgelt
- bezahlten Urlaub bzw. die Urlaubsregelung des BUAG
- die gesetzlichen bzw. kollektivvertraglich festgelegten Arbeitszeiten
- die Einhaltung der österreichischen Arbeitnehmerschutzbestimmungen

Jede Entsendung muss vom entsendenden Arbeitgeber elektronisch der Zentralen Koordinationsstelle für die Kontrolle illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung (KIAB) des Finanzministeriums (BMF) vor Arbeitsaufnahme gemeldet werden (1-Wochen Frist 2017 weggefallen). Dies dient der Überprüfbarkeit der Einhaltung der Lohn- und sonstigen Sozialvorschriften.

▸▸ **Details:** WKO, BMF

Um Verstöße gegen österreichische Lohn- und Sozialstandards sowie Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, ist am 1.5.2011 das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz in Kraft getreten.

Die Finanzpolizei in Zusammenarbeit mit dem bei der Wiener Gebietskrankenkasse eingerichteten Kompetenzzentrum LSDB (Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfung) kontrolliert jene Mitarbeiter, die von ausländischen Unternehmen nach Österreich entsenden wurden. Ausländische Arbeitgeber sind verpflichtet, die erforderlichen Lohnunterlagen in deutscher Sprache für die Dauer der Beschäftigung am Arbeitsort bereit zu halten.

▸▸ **Details zum Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz**: WKO
▸▸ **Entsendeplattform**: BMAW
▸▸ **Kollektivverträge** mit Lohn- und Gehaltstafeln: WKO

Umweltpolitische Aspekte der Erweiterung

In den neuen Mitgliedstaaten besteht gerade im Umweltbereich nach wie vor großer Aufholbedarf. Dies bedeutet unter anderem im **Abfallbereich**, dass die notwendige Infrastruktur für Sammlung, Behandlung und Verwertung von Abfällen in den neuen Mitgliedstaaten erst teilweise vorhanden ist und funktioniert. Aber dadurch und auch durch das Nachholen des Konsums nach der "Wende 1989" entstehen in den neuen Mitgliedstaaten neue Probleme: mehr Abfälle, Probleme mit administrativen Aspekten der Abfallwirtschaft, Notwendigkeit von vermehrten thermischen Verwertungskapazitäten.

So wie Österreich in den 80er-Jahren, haben die neuen Mitgliedstaaten in den letzten Jahren signifikante **Reduktionen bei z.B. SO_2-Emissionen** (Schwefeldioxid, verantwortlich für sauren Regen) erzielt. Allerdings aus etwas anderen Gründen als in Österreich. In einer ersten Phase wurden viele

Anlagen einfach aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen und dadurch die Emissionen signifikant reduziert. In einer zweiten Phase wurden auch bestehende Anlagen saniert bzw. mit Filtern etc. ausgestattet.

Aufgrund des auch nach der Erweiterung bestehenden hohen Investitionsbedarfes für die Anpassung der neuen Mitgliedstaaten im Umweltbereich bestehen nach wie vor Chancen für österreichische **Umwelttechnikunternehmen**, ihren Know-how- und Kulturvorsprung für Aufträge zu nützen.

Die Bilanz aus Branchensicht

Handel

Vom Handel - besonders von den kleinen Unternehmen in den Grenzregionen zu den neuen Mitgliedstaaten - wird der größte Vorteil der EU-Erweiterung im Wegfall der Grenzkontrollen, der Zollformalitäten und verschiedener Handelshemmnisse gesehen. In vielen Bereichen hat sich die Angst des Handels vor einer Zunahme des Kaufkraftabflusses nicht bestätigt; bereits vor der Erweiterung waren die Einzelhandelsunternehmen einem starken Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Die Einkäufe österreichischer Konsumenten in den angrenzenden Nachbarstaaten waren schon vor deren Beitritt stark angestiegen.

Potential neuer Kunden nutzen

Gerade kleine Handelsunternehmen, die in Grenzregionen angesiedelt sind, haben die Erweiterung in ihrem wirtschaftlichen Handeln bereits vor dem Beitritt der neuen Länder vorweggenommen und waren daher starke Befürworter der Erweiterung.

Diese profitieren nach wie vor von der Marktöffnung, da die ehemalig „tote Grenze“ lebendig geworden ist und grenzüberschreitende Kooperationen und Werbegemeinschaften weiter ausgebaut wurden.

Die Maßnahmen und Strategien des Einzelhandels lagen und liegen auch noch in den nächsten Jahren in der Spezialisierung, der Kostensenkung, im verbesserten Kundenservice, in Qualitätsverbesserungen und im Anbieten von neuen Produkten.

Österreichs Trafikanten sehen jedoch nach wie vor auch Nachteile in dieser Marktöffnung: da systematische Warenkontrollen an der Grenze innerhalb der EU mit den Prinzipien des Binnenmarktes nicht vereinbar sind, konnten auch 7 Jahre geltende Beschränkungen des steuerfreien Importes von Tabakwaren schwer exekutiert werden. Das schon vor der Erweiterung bestehende Problem des Schmuggels günstigerer Zigaretten aus den Nachbarländern hatte sich verschärft. Dieser Umstand wurde seitens der österreichischen Trafikanten als Grund für zunehmende Umsatzeinbrüche angeführt.

Gewerbe und Handwerk

Auch das österreichische Gewerbe und Handwerk bewertet die Marktöffnung zu den neuen Mitgliedstaaten nach wie vor positiv, insbesondere den durch den Wegfall der Grenzkontrollen erleichterten innergemeinschaftlichen Warenverkehr und Leistungsaustausch sowie die Möglichkeit, wieder an traditionelle Wirtschaftsverbindungen zwischen kleinen und mittleren Unternehmen "beiderseits der Grenzen" anzuknüpfen.

Daraus hat sich ein Wissens-, Auftrags- und Kapitalaustausch zum Vorteil beider Wirtschaftspartner - auch im Hinblick auf neue Absatzmärkte - entwickelt.

Kritische Stimmen gibt es nach wie vor in der Baubranche und bei Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereinigern, wo es zu einer Verschärfung der Wettbewerbs-Situation gekommen ist.

Industrie

Die Industrie hat durch hohe Direktinvestitionen in den neuen Mitgliedstaaten die Erweiterung quasi schon in den 90er Jahren „vorweggenommen“. Der Kostenmix in der Produktion trug wesentlich dazu bei, dass Österreichs Industriebetriebe auf den Weltmärkten konkurrenzfähig bleiben.

Besonders die Lebensmittelindustrie profitiert von der eingangs bereits erwähnten vollständigen Liberalisierung des Handels mit agrarischen Rohstoffen und landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten im Zuge der EU-Erweiterung. Die Vorteile liegen in dem nunmehr besseren Zugang zu günstigeren Rohstoffen sowie in den ungehinderten Exportmöglichkeiten in die neuen Mitgliedstaaten.

Produktionszuwächse der österreichischen Industrie sind auch von der wachsenden Auslandsnachfrage getragen.

Tourismus: Massiver Anstieg der Nächtigungen aus den neuen Mitgliedstaaten

Für den Tourismus hat der EU-Binnenmarkt neue Rahmenbedingungen geschaffen: es kam zu einer Reihe von Reiseerleichterungen und einer Verbesserung der Verbraucherrechte für die Reisenden. EU-Reisepässe und ein einheitliches Schengen-Visum sowie die Einführung des Euro sind für Touristen aus dem EU-Raum, aber auch für Reisende aus Drittstaaten, wesentliche Entlastungen in zeitlicher und ökonomischer Hinsicht. Damit stärkt die EU die Attraktivität Europas und Österreichs als Reiseziel. Die Tourismusunternehmen profitieren auch von der Arbeitnehmerfreizügigkeit, da dadurch mehr Arbeitskräfte verfügbar sind, was gerade in Zeiten von Fachkräftemangel enorm wichtig ist. Die Arbeitsmarktöffnung vom 1. Mai 2011 hat zu einer dynamischen Entwicklung des touristischen Arbeitsmarktes beigetragen.

Aber auch die Dienstleistungs-Richtlinie bietet Berufsgruppen, wie z.B. den Fremdenführern, die Möglichkeit, leichter im Ausland tätig zu werden. Die Berufsanerkennungs-Richtlinie trägt wiederum zur Qualitätssicherung im europäischen Dienstleistungsmarkt bei, da sie gewisse Mindestanforderungen gerade im Bereich der reglementierten Berufe vorsieht.

Der Beitritt zur EU bzw. die Erweiterung haben aber vor allem – *vor und nach Corona* - zu einem weiteren Zustrom von Touristen nach Österreich geführt:

Anstieg der Touristennächtigungen (TN) aus fünf neuen EU-Mitgliedstaaten 2005 bis 2022
(Quelle: Statistik Austria 2019)

	Tschechien	Ungarn	Polen	Slowakei	Slowenien
Übernachtungen 2005	1.133.267	1.295.882	819.743	232.178	243.574
Übernachtungen 2022	3.070.648	1.684.939	2.111.301	897.346	444.640
Veränderung in %	**+171 %**	**+ 32%**	**+158 %**	**+286 %**	**+ 83 %**

Verkehr

- **Transporteure:** Die fortschreitende Liberalisierung des Transportmarktes durch die Erweiterung der EU äußert sich in einer sehr angespannten Wettbewerbssituation: seit dem EU-Beitritt des jeweiligen Landes können Transporteure aus den angrenzenden neuen Mitgliedstaaten ohne Beschränkung grenzüberschreitende Transporte in die EU durchführen. Dazu trägt die fehlende Harmonisierung der KFZ- und Mineralölsteuer, unterschiedliche Lohnniveaus sowie die mangelhafte Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Verkehrsbereich in einigen EU-Ländern sowie fehlende Koordinierung der Kontrollen bei. Ein Ergebnis dieses „Wettbewerbs“ ist die

Ausflaggungs-Tendenz heimischer Transportunternehmer ins benachbarte EU-Ausland, was zu einer weiteren Verschärfung der Situation beiträgt, die heimische Transportwirtschaft und den Arbeitsmarkt dieser Branche belastet. Nach Einschätzung der österreichischen Transportunternehmer brachte die EU-Erweiterung daher mehr Nachteile als Vorteile für ihre Branche.

- **Spediteure:** Die Erweiterung der EU hat auch Vorteile gebracht, die sich in Einsparungspotenzialen auf dem Gebiet der Transportkosten widerspiegeln. Das führt dazu, dass sich die verladende Industrie zunehmend osteuropäischer Transporteure bedient; dies wiederum verstärkt den Druck auf kleinere Frächter, die nicht in der Lage sind ihre Kosten durch Auslagerungen zu senken. Der Wegfall der Grenzkontrollen und Zollformalitäten ermöglicht einen vereinfachten Güteraustausch. Hier profitieren vor allem heimische Speditionen. Mitbewerber aus den angrenzenden neuen Mitgliedstaaten werden hier bis dato nicht als Konkurrenz angesehen, da diese noch nicht über das gleiche Know-how wie österreichische Unternehmer verfügen.

- **Schienenbahnen:** Aus der Sicht des **Verkehrsträgers Schiene** hatte die EU-Erweiterung positive Effekte: so konnte der länderübergreifende ÖPNRV unter dem Motto "Euregio" zu Tschechien, der Slowakei und Ungarn verstärkt ausgebaut werden und auch die Taktverkehre zu den neuen europäischen Hauptstädten verdichtet werden. Beim **Güterverkehr** auf der Schiene profitierten die Bahnen vom zunehmenden Verkehr aus und in die neuen Mitgliedsländer.

- **Schifffahrtsunternehmen:** Der EU-Rechtsbestand wurde durch die neuen Mitgliedstaaten im Bereich der Binnenschifffahrt vollständig übernommen. Auf diesem Gebiet wurden auch keinerlei Übergangsfristen vorgesehen. Befürchtungen, dass die österreichische Binnenschifffahrtsflotte durch den Preisdruck neuer Mitbewerber in Bedrängnis geraten könnte, konnten zerstreut werden.
- **Luftfahrtunternehmungen:** Im Großen und Ganzen gab es im Luftverkehr durch die EU-Erweiterung keine Veränderung. Lediglich die durch Luftverkehrsabkommen eingeführten "Code Share Abkommen" (die ungarische Fluglinie Malev hatte z.B. ein fixes Sitzkontingent auf AUA Flügen nach Budapest) sind mit der Erweiterung größtenteils weggefallen. Damit hat der Binnenmarkt auch in diesem Bereich Einzug gehalten und ermöglicht eine freie und marktgerechte Einsetzung der Flugzeuge nach der jeweiligen strategischen Ausrichtung der Unternehmen.

Information und Consulting

Rückblickend hat bereits die mit der Integration Österreichs in den EU-Binnenmarkt erfolgte Liberalisierung neuer Dienstleistungssektoren (Finanzdienstleistungsunternehmen, Versicherungsmakler, Unternehmen der Abfall- und Abwasserwirtschaft sowie der Telekommunikations- und Rundfunkbranche) zu einem explosiven Wachstum verholfen. Aber auch andere unternehmensnahe Dienstleistungsbranchen wie Unternehmensberatung/IT, Werbung, Technische Büros und Immobilientreuhänder haben das rasante Aufwärtspotential des europäischen Binnenmarktes nutzen können.

Signifikant ist in diesem Zusammenhang vor allem die relativ hohe Exportquote der Sparte Information und Consulting, die im Branchendurchschnitt im Jahr der Erweiterung 2004 auf knapp 14 % gestiegen ist. Die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen wurde durch die EU-Erweiterung wesentlich erleichtert.

Diese Zahlen zeigen die wirtschaftliche Dynamik, die einerseits schon der EU-Beitritt Österreichs 1995 aber auch die große Erweiterung der Union ausgelöst hat. Eine Schlüsselrolle spielt dabei zweifellos die Informationstechnologie: viele österreichische Dienstleistungsunternehmen sehen die neuen Mitgliedstaaten trotz der Schwierigkeiten im Zuge der Finanzkrise weiterhin als Region der wirtschaftlichen Hoffnung und setzen große Anstrengungen, um dieses Wachstumspotenzial zu nutzen.

Verstärkte Kooperationen sind im Bereich der Planungs- und Beratungsdienstleistungen entstanden. Vorteile der Erweiterung spürt auch die österreichische Werbebranche. Werbe- und PR-Agenturen profitieren von österreichischen Auftraggebern, die sie mittlerweile verstärkt nach Mittel- und Osteuropa begleiten.

Impressum: Wirtschaftskammer Österreich,

1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63
Abteilung Europapolitik,

T: 05 90 900-4315, W: http://wko.at/eu | E: eu@wko.at
Für den Inhalt verantwortlich: MMag. Christian Mandl | Autor(en): Mag. Micaela Kleedorfer
© 2023 Wirtschaftskammer Österreich
Inhalt nach bestem Gewissen aber ohne Gewähr